

Einheit durch Integration?

Alexander Thumfart:
Die politische Integration Ostdeutschlands.
Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2002.
1020 Seiten, 20 Euro.

Wer nach dem 3. Mai 2002 behauptet, „Ostdeutschland“ – also auch Thüringen in Mitteldeutschland – sei nicht in Deutschland integriert, wird sicher als unglaublich eingestuft. Das Drama vom Gutenberg-Gymnasium in Erfurt hat der deutschen Öffentlichkeit die Zusammengehörigkeit Deutschlands rein gefühlsmäßig manifestiert: Einen weithin sichtbaren Reflex des furchtbaren Ereignisses konnten wir in der Gestaltung der nationalen Trauerfeier am 3. Mai 2002 wahrnehmen. Das betrifft die ganze Kulturnation der Deutschen – auch die Schulen in Österreich gedachten in Schweigeminuten der Opfer.

Die Politikwissenschaft versucht seit über einem Jahrzehnt, unsere interessierte Öffentlichkeit mit

neuen Erkenntnissen über die Bedingungen und den Fortgang der Transformation der zur Bundesrepublik beigetretenen DDR in eine rechtsstaatlich-demokratische Gemeinschaft zu bereichern. Alexander Thumfart, ein Sozialwissenschaftler an der Universität Erfurt, erfasst drei Phasen oder Ebenen der Transformationsforschung: In der Zeit von 1990 bis 1993 dominierte demgemäß noch die empirisch orientierte Ad-hoc-Forschung. Sie wurde aber bald von der zweiten methodologischen „Ebene“, der Modernisierungstheorie, abgelöst. Doch die klassische oder neoklassische Modernisierungstheorie erfuhr seit 1994/95 mehrfach Kritik, woraus sich die „dritte Ebene“ der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung entwickelte.

Wie also erklärt der Autor Integrationsprozesse nach der staatlichen Einigung, dem Schicksalsjahr 1990? Er wählt die dritte Ebene als Ausgangspunkt. Sie sei „ein

kompliziertes, vielschichtiges und potenziell interdisziplinäres Gewebe ...“, das einer genaueren Betrachtung und Reflexion bedürfe. Er führt zur Darstellung und Erklärung der Integrationsprozesse in den östlichen Bundesländern – bei sukzessiver Übernahme der westdeutschen institutionellen Strukturen – ein dreidimensionales Modell an, das einer angenommenen Interdependenz von Struktur und (politischer) Kultur offen steht. Er sieht die erste Dimension als Makroebene. Diese erfasst die politisch-administrative Institutionalisierung, also die Länderparlamente, Verfassung, Ministerien, Verwaltungen und so weiter. Die zweite Dimension, die Mesoebene, betrifft die Sphäre des Aufbaus intermediärer Organisationen wie Parteien, Verbände, Kirchen, Medien. Eine dritte Dimension sieht er als Mikroebene in den politisch-kulturellen Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger.

„Alle drei Ebenen sind in einem ständigen Durchdringungs- und ... Modifizierungsgeschehen miteinander verbunden.“ Für beide ehemaligen Teilstaaten in Deutschland seien „die sich verändernden Wechselverhältnisse von Struktur und Kultur zu rekonstruieren, um die gegenwärtigen Verschiebungen, Verläufe und Interferenzen beschreiben zu können“. Befremdlich wirkt in seinen theoretischen Vorüberlegungen (die hier aus räumlichen Gründen des Weiteren nicht dargestellt und diskutiert werden sollen) seine apodiktisch anmutende Annahme, die politikwissenschaftliche „Transitionsforschung“ habe „von der relativen Distanz oder Andersheit zwischen ost- und westdeutschen Selbstinterpretationen und Ausformungen von Struktur und Kultur auszugehen“, und man „sollte Unterschiede wechselseitig anerkennen“, wobei auch „Desintegrationsprozesse als Leitlinien“ der Forschung anzusehen seien.

Nach diesen methodologisch-theoretischen Vorüberlegungen führt Thumfart seine Arbeit in acht Kapiteln aus: Parlamentarismus in den Bundesländern, Parteiensystem, Interessenverbände/organisierte Interessen, Kirchen im inter-

mediären System, Regierungen und Ministerialbürokratie, kommunale Selbstverwaltung, Mediensysteme, politische Kultur und Gerechtigkeit.

Dem letzten Kapitel mag der in der Fachdisziplin nicht so beheimatete Leser etwas mehr Aufmerksamkeit schenken, greift es doch – neben der inhärenten Begriffsdefinition Gabriel Almonds, „political culture“ als „Muster von Orientierungen zu politischer Handlung“ systemneutral zu verstehen – das unterschiedliche Ost-West-Verständnis von „Gerechtigkeit“ als Problem der Vermittlung von Struktur und Kultur auf. Diese Dissonanz findet in mancher Hinsicht ihren beredten Ausdruck (wie eine Bürgerrechtlerin meinte: „Wir wollten Gerechtigkeit und erhielten den Rechtsstaat.“). Hier sollte zur Klärung eine begriffliche Differenzierung der „politischen Kultur“ nach Karl Rohe vorgenommen werden – nämlich zwischen der bislang gewohnten „politischen Sozialkultur“ und der „Deutungskultur“.

Politische Orientierung hat in den neuen Ländern einen eher instrumentellen Charakter, was sich auch – abgesehen vom PDS-Wählerblock – daran erkennen lässt, dass instabiles Wählerverhalten zu

schnellen Führungs- oder Koalitionswechseln (wie in Brandenburg oder jüngst in Sachsen-Anhalt) führen kann. In dem Kontext stellt sich dem Verfasser auch die Frage, „welche Bedeutungen die Veränderungen und Kontinuitäten in politischen Orientierungen und Verhaltensweisen ostdeutscher Bürger für die Systemstabilität und Legitimität haben beziehungsweise haben könnten ...“

Spätestens hier hätte sich ein Vergleich mit Transformationsstaaten in Mittel-Osteuropa angeboten. Doch vielleicht ist die Ost-West-Fragestellung nach politischen Integrationserfolgen – hier zunächst auf Deutschland beschränkt – für andere Transformationsgesellschaften in einer späteren Entwicklungsphase ebenso interessant und hilfreich. Ein Vertreter Russlands meinte gar, die Einführung des westlichen Verfassungs- und Gesellschaftsmodells gestalte sich in seinem Land um ein Vielfaches schwieriger, da im ehemals sowjetischen „Wohnhaus“ Stein für Stein ausgewechselt werden müsse. Im Falle der Systemtransformation in der ehemaligen DDR habe dagegen ein „Fertighaus“ bereitgestanden. Aber auch in einem neuen Haus bedarf es einer Eingewöhnungsphase.